

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendbeilage einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. und der Post bezogen monatlich 1.20. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 21 Sch. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.  
Erscheinenszeit nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14 Tel. 1769.  
Schließzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die halbjährige Periode mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 50 Pf. Zentrale müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 23.

Dresden, Sonnabend den 28. Januar 1911.

22. Jahrg.

## Schwarze Konsequenzen.

Schon im Jahre 1874 hat Bismarck in einem Gespräch mit dem kaiserlichen Minister v. Briesen — das in dem jüngst erschienenen dritten Bande von Briesens Lebenserinnerungen wiedergegeben wird — die Verantwortung für den Kulturkampf abgelehnt. Mit dem Kampf gegen die katholische Kirche ist er gar nicht einverstanden gewesen, er ist ganz gegen seine Absicht entstanden. Ich wollte die Zentrumsformation als politische Partei bekämpfen, weiter nichts! Wenn man sich damals beschränkt hätte, so wäre es auch gewiß von Erfolg gewesen. Daran, daß man weiter gegangen ist und die ganze katholische Bevölkerung aufgeregt hat, bin ich ganz unschuldig. Ich für die Kirche sei er nicht gewesen, er habe das Geleit an uns gegeben, weil sonst die Liberalen Minister gleich an seinem Rücktritt gedroht hätten. Ganz so sei es auch mit den Sozialdemokraten — den sogenannten Reizegen — gegangen. Da habe ihm das Ministerium „die diesen Erntedankfesten mit noch viel größeren Kosten und Ernteverlusten auf das Land geschickt; er sei gerade sehr unwohl und zu nicht ausgelegt und kräftig genug zu einer solchen Arbeit gewesen, auch wäre ihm die ganze Sache sehr bedenklich vorgekommen; er habe daher Einwendungen gemacht. Hier oder dort das ganze Ministerium — Camphausen und Ball immer daran — mit seinem sofortigen Abgange gedroht, wenn er sie nicht läge, und da er den Verfall dieses Ministeriums damals für ein großes Unglück für Preußen gehalten hätte, so habe er auch hier nachgegeben und, um nur Ruhe zu haben und den Verfall des Ministeriums zu verhindern, die Entwürfe unterzeichnet, ohne sie gelesen zu haben. „Jetzt“ — sagt Bismarck wütend hinzu — „bedauere ich freilich, daß ich jene Geleit, ehe ich sie unterschrieb, nicht wenigstens gelesen habe, es liegt doch gar zu viel dummes Zeug darin, was ich gewiß herausgestrichen hätte.“

Diese laubere Weisheiten, die ja schon nach dem Sturz Bismarcks gelegentlich erzählt wurde, die also schon auf der Höhe des Kulturkampfes, nicht erst nachträglich, von Bismarck erzählt wurde, war allerdings bestimmt, dem katholischen Volk von Soldaten mitgeteilt zu werden. Immerhin darf man Bismarck glauben, daß er nicht aus protestantischem oder übermäßigem Bedauern die katholische Kirche oder Religion beabsichtigte. Er wollte lediglich die kirchlich genährte politische Organisation des Zentrums treffen, wegen dessen süd- und westlich-paritätarischer Tendenzen und demokratischer Antriebe. Aber das Zentrum lag aus dieser von Bismarck abgedichteten Dummheit des eigentlichen Kulturkampfes keine unheilvolle Kraft. Es wachte der kirchlich geborenen Volkswindlichkeit einzuwenden, daß sich der Kampf Bismarcks gegen die katholischen Bürger des Reichs als solche richtete, gegen ihren Glauben und ihre Religion. Damit wurde das Zentrum zur Partei aller kirchlich Geborenen, ohne Unterschied der Klasse, des Berufs, des Vermögens. Von dieser Bismarckschen Dummheit hat es gelebt. Aber es wurde zugleich, durch den vielfältigen, zum großen Teil protestantischen Anhang, genötigt, demokratisch zu wirken. Die politische Freiheit und soziale Fortschritte einzuwenden. So kam es, daß in dem überwiegend protestantischen Reich der Materialismus eine größere und zähere Wurzel errang, als in irgendeinem katholischen Land.

Die Zentrumspartei geht jetzt zu Ende. Die Zentrumswahl der Angehörigen aller Klassen im Zentrum ist nicht mehr. Das Zentrum ist auch nicht mehr selbstständig radikal, sondern preußisch-oberdeutschlich geworden. Und in dieser neuen Lage tut das Zentrum alles, was es kann, um sich als ein Teil des Kulturkampfes behaupten zu lassen. Das heutige Zentrum vertritt das katholische geborene Volksteil, so weit er zum Reich gehört, für mündigen Rechts zu erklären und zu verurteilen, das katholische Proletariat ökonomisch, geistig und moralisch unter das Proletariat anderer Konfessionen herabzubringen. Das heutige Zentrum hat den eigenen katholischen Arbeitern den Kulturkampf erklärt.

Das nicht anderes bedeutet der Sieg der Koppchen (Kaiser) Richtung über die christliche Gewerkschaftsbewegung. Dieser Sieg, der inhaltlich bekannt geworden ist, ist das Siegel unter diese Niederwerfung einer freien Arbeiterorganisation. Der katholische Arbeiter wird nicht mehr, sein Koalitionsrecht innerlich entzogen und das Streikrecht ihm entzogen; denn diese katholische Richtung erklärt ja den Streik für eine gottlose Handlung gegen das kirchliche Gebot: Knecht muß Knecht bleiben!

Es bedauert nicht der Kenntnis des Papstbriefes an die Arbeiterbewegung zu erkennen. Wenn im Ruhrrevier gegen die Arbeiter gegen ihre proletarischen Führer die Gewerkschaft denunzierten, mit der sie früher in Lohn- und Preiskämpfen zusammengegangen; wenn furchtbar bei dem Streik der Arbeiter den Streikbruch organisierten; wenn auf dem Reichstag der Zentrum die Regierung aufgefordert wurde, den süddeutschen Eisenbahnerverband zu unterdrücken

und keinen offenen Sozialdemokraten in Staatsbetrieben zu dulden — so sind das einfach Ausführungen der römisch-berliner Anweisungen, in denen sich der Papst, der König von Preußen, der Reichskanzler, der schlesische Grubenmagnat und der protestantische Junker innig gefielen. Daß bisher kein christlicher Arbeiterführer den Mut und die Ehrlichkeit besessen hat, dieser Abwärtung der eigenen Anhänger sich zu widerlegen und den Wächern des neuen Christen-Russes die schändlichen Mittel hinzuworfen, beweist, wie tief diese „Arbeiterführer“ unter den unpolitischen Geistlichen der katholischen Kirche stehen, von denen doch wenigstens eine Anzahl tapfer genug ist, unter Opferung ihrer ganzen Existenz den Modernisteneid abzulehnen.

Aber indem das Zentrum heranz seine proletarischen Anhänger schamlos den herrschenden Gewalten ausliefert, ist es sich bewußt, daß es damit über kurz oder lang den letzten Proletarier verliert. Daraus folgen Konsequenzen, die für die gesamte deutsche Politik verhängnisvoll sein werden. Weil das Zentrum seinen Arbeitern nichts mehr bieten kann, darum muß es dahin streben, die tödliche Konkurrenz der freien Arbeiterbewegung zu lähmen; auch die soll den Arbeitern nicht mehr zu helfen imstande sein. So wird das Zentrum ganz von selbst, in logischem Zwang, dazu geführt, die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung überhaupt mit Gewaltmaßnahmen zu verfolgen. Ob das durch „Ausnahmegesetze“ oder durch „gemeines Recht“ geschieht, ist sachlich ganz gleichgültig. So oder so wird das Zentrum versuchen, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung gewaltsam niederschlagen. Damit übernimmt das Zentrum die Führung aller Scharfmacher, aller preußischen Reaktion.

Daraus ergibt sich aber für die Sozialdemokratie die zwingende Aufgabe, die Zentrumsmacht zu brechen, die — weil sie noch Massen hinter sich hat — gefährlicher ist als das Junkertum. Das Zentrum ist ganz und gar nicht unbefähigt. Dieser Überblau von der Unbefähigkeit des Zentrums wird dem neuen Zentrum gegenüber sehr bald verschwinden. Und ist man erst in den Turm eingedrungen, so führt die ganze Herrlichkeit zusammen.

## Die Niederzwingung der Professoren.

Das Schreiben des Papstes an den Kardinal Fischer läßt keinen Zweifel daran, daß der Papst auch in Sachen des Modernisteneides der staatlichen Theologieprofessoren die gleiche Unterwerfung fordert. In dem vom 31. Dezember 1910 datierten Schreiben des Papstes heißt es wörtlich:

„Auch jene aber, die als staatliche Lehrer sich des Eides enthalten dürfen, werden vielleicht, falls sie vorziehen, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, noch keinen Vorbehalt gegen die Reinheit ihrer Lehmeinungen erwidern, aber sicherlich eine klägliche Unterordnung unter die Meinungen der Wissenschaften betreiben, indem sie feige der Autorität derjenigen sich beugen, die nicht aus aufrichtiger Ueberzeugung, sondern aus Furcht gegen das katholische Bekenntnis mit lautem Schalle verstanden, durch solchen Glaubenswidrigkeit die Würde der menschlichen Vernunft verneinend und der Fortschritt der Wissenschaft gehemmt. Daher empfiehlt sich nicht die Erlassung von diesem Eide aus anderer als der angegebenen Ursache zu gewähren. Uebrigens hegen wir die Ueberzeugung, daß gerade diejenigen, denen wir den Eid erlassen, durch Verletzung ihres männlichen Charakters, ihn vor allen anderen leisten und nötigenfalls dafür Schimpf erdulden werden; denn sie würden sich gewiß als des christlichen Bekenntnis unwürdig vorfinden, wenn sie sich schämten, zu Diensten unseres Herrn Christi zu gehören!“

Die Papstkirche unternimmt es, auch diejenigen Theologen, die nicht unmittelbar unter ihrer Macht stehen, durch dösartige Drohungen zur Verleugung ihrer Ueberzeugungen und zur Ableistung des anti-modernistischen Zwangseides zu nötigen.

Im Bunde mit deutschen Bischöfen und mit der Zentrumspartei geht die römische Dunkelmannerei daran, ihre Herrschaft in Deutschland rücksichtslos denn je zu erweitern. Die Feigheit der anderen, der deutschen Regierungen und der Regierungsparteien, ist dabei die beste Bundesgenossin der päpstlichen Regerverfolgung!

### Der Zentrumskaiser.

Am 27. Januar jubelte die Zentrumspartei: „Im Laufe des letzten Jahres hat der Kaiser wiederholt Gelegenheit genommen, seine hochherzige und christliche Auffassung von seiner kaiserlichen Würde nicht nur, sondern auch von seinen kaiserlichen Pflichten kund zu geben. Wer sich so, wie der Kaiser es getan hat, zum Königstum von Gottes Gnade bedient, und wer sich so wie der Kaiser als ein „Instrument in der Hand Gottes“ fühlt, der erniedrigt nicht seine Stellung, wie der Liberalismus glauben machen will, sondern erhöht dieselbe nach christlicher Auffassung. Auch die Ansprüche, die der Kaiser vor einigen Monaten in der Erzabtei Bouron gehalten hat, verdienen die volle Anerkennung.“

Das Zentrum, die Papstjünger, sind mit Wilhelm II. zufrieden denn niemals!

## Die englische Arbeiterpartei.

London, 26. Januar.

L. K. Der Bericht der Arbeiterpartei zu der Anfang Februar in Leicester stattfindenden Jahreskonferenz ist schon erschienen. Er enthält viel interessantes Material über die Wahlen, die allgemeine politische Lage, die Folgen des Osborneurteils, internationale Dispositionen der Partei und innere Organisationsfragen.

Das Ergebnis der Wahlen, ein Reingewinn von zwei Mandaten für die Arbeiterpartei, erklärt der Bericht für durchaus zufriedenstellend unter den obwaltenden Umständen. Das finanzielle Gelingen des Osborneurteils und die Mäßigkeit der vertriebenen Wählerlisten erschwerten die Lage der Partei ganz außerordentlich. Der Bericht weist aber auch darauf hin, daß in mehreren Wahlkreisen „eine deflagrante Schwäche unserer Organisation“ zutage trat, und auf diesen Umständen führt der Bericht den Verlust der drei Wahlkreise zurück. Die Partei sei zu sehr auf bezahlte Agitationsarbeit angewiesen und es mangle vielfach an der freiwilligen Arbeit begabter Anhänger. Der Bericht warnt ferner vor der Aufstellung von Kandidaten in Wahlkreisen, die wenig Aussicht auf einen Sieg bieten. Der Wahlkampf soll nur dort aufgenommen werden, wo die Organisation feste Wurzeln geschlagen hat. Der Bericht sagt ferner darüber, daß in den meisten Fällen Kandidaten, die die Parteistatuten unterzeichneten, später gegen deren Bestimmungen handelten und ihr gegebenes Wort brachen, um einige Stimmen zu ergattern. Das könne nicht geduldet werden. Die betreffenden Vorkommnisse würden gegenwärtig von der Partei untersucht. Im ganzen wurden in den letzten Wahlen auf die Arbeiterpartei abgegeben 370 500 Stimmen, was im Vergleich mit den Januarwahlen einem Rückgang von 134 888 Stimmen gleichkommt. Dieser Rückgang ist aber fast gänzlich auf die alten Wählerlisten und auf die geringere Anzahl der Arbeiterkandidaturen zurückzuführen.

Die Mitgliederzahl der Partei ist gleichfalls zurückgegangen. Sie beträgt jetzt 1342 810, während sie sich am Anfang des Berichtsjahres auf 1 496 308 belief. Die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften ist von 172 auf 137 zurückgegangen, ebenso die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaftskartelle und lokalen Arbeiterorganisationen von 155 auf 125. Dieser ganze Rückgang ist ausschließlich auf das Osborneurteil zurückzuführen, indem einer Anzahl von gewerkschaftlichen Organisationen die Parteimitgliedschaft durch gerichtliche Beschlüsse unterlag worden ist. Zur Partei gehören ferner die sozialistische Unabhängige Arbeiterpartei (I. A. P.) mit 28 000 Mitgliedern, die ebenfalls sozialistische Sozialistische Gesellschaft mit 3577 Mitgliedern, die Arbeiterinnenliga mit 4000 und eine Konsumgenossenschaft mit 760 Mitgliedern. Die Entwicklung der Arbeiterpartei seit ihrer Gründung im Jahre 1900 läßt sich an folgender Tabelle überblicken. Ihre Mitgliederzahl betrug:

1900—1901	375 931	1906—1907	996 336
1901—1902	469 811	1907	1 072 413
1902—1903	861 150	1908	1 158 565
1903—1904	989 800	1909	1 486 308
1904—1905	900 000	1910	1 342 810
1905—1906	921 230		

Die Einnahmen und Ausgaben der Partei waren im Berichtsjahre fast doppelt so groß als im vorhergehenden, was sich daraus erklärt, daß beide allgemeinen Wahlen in diesem Jahre stattfanden. Die Einnahmen betragen rund 100 000 Pf., die Ausgaben etwa 500 000 Pf. weniger. Die Einnahmen zum separat verwalteten parlamentarischen Fonds betragen rund 250 000 Pf., die Ausgaben fast 380 000 Pf. Die angeschlossenen Gewerkschaften erklären sich daraus, daß die amtlichen Wahlkosten in den beiden Wahlen auf diesem Fonds gedeckt wurden, aus dem Anstande, daß die Partei in den beiden Wahlen die amtlichen Wahlkosten ihrer Mitglieder bezahlte, und schließlich aus dem Umstande, daß die Partei dort, wo sie nicht die Wahl- und Unterhaltungskosten ihrer Abgeordneten deckt, deren Organisationen infolge des Osborneurteils jetzt zu dem Parteifonds nicht beisteuern dürfen.

Mit dem Osborneurteil beschäftigt sich der Bericht sehr ausführlich. In einer Tabelle werden die Widersprüche der verschiedenen richterlichen Instanzen, aber auch der fünf Vorberichte untereinander recht übersichtlich aufgeführt und einer unerbittlichen Kritik unterzogen. In diesem Zusammenhang lenkt der Bericht die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die zunehmende Gitter der Richter, sich bei ihren Urteilen von ihren politischen Vorurteilen leiten zu lassen. Wenn das englische Richteramt erklärt der Bericht, von Seiten besetzt ist, die nicht die erforderliche Selbstkontrolle und den gewöhnlichen Anstand besitzen, und wenn solche Richter nicht entfernt werden, dann werden die allgemeine Achtung und die feste Stellung die die englische Justiz sich erworben haben, nicht sehr lange dauern. Infolge des Osborneurteils haben bisher 22 Organisationen gerichtliche Beschlüsse erhalten, von denen 20 Abgeordnete direkt betroffen sind. Mit Bezug auf die in Zukunft zu unternehmenden Schritte führt der Bericht aus, daß das vom Ministerpräsidenten vor den Wahlen abgegebene Versprechen viel zu undeutlich und zweideutig ist und daß die Partei von neuem auf die Wiederholung des Osborneurteils drängen wird.

Gewöhnlich sind noch die Berichte der Delegierten der Arbeiterpartei zum Internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen und zum deutschen Parteitag in Magdeburg. Der Bericht über den Internationalen Kongress ist von Robinson und Macdonald unterzeichnet. Der Bericht sagt besonders über die Zusammensetzung der britischen Sektion. Sie sei nicht repräsentativ, die meisten Delegierten hätten ihre eigenen Spesen und die beschriebenen englischen Fraktionen suchen so viele ihrer Anhänger wie möglich als Delegierte zu bekommen, um die Sektion und ihre Stimmen im Plenum des Kongresses zu beherrschen. Auch das englische Nationalkomitee sei nicht repräsentativ, englische Gewerkschaften sollten schon kraft ihrer Angehörigkeit zur Arbeiterpartei darin vertreten sein können, ohne direkte Beiträge entrichten zu müssen. Weiter sagt der Bericht, daß keine außerhalb der Arbeiterpartei stehende Fraktionen diese seit langem anschließen, aber leider bei der kontinentalen und amerikanischen Parteipresse Gehör finden. Auch mit den Beschlüssen des Kopenhagener Kongresses sind die Delegierten wenig zufrieden. Die Resolution über Arbeitslosigkeit sei durchaus ungenügend und bleibe hinter den Ansichten und Erwartungen der englischen Arbeiterpartei weit zurück. Die Resolution über internationalen Frieden erscheint ihnen nicht mitgehend ge-